

DIE LINKE. im Fürther Rathaus

Königstr. 95
90762 Fürth

Tel. (tagsüber): 0911 / 43 72 10
Fax: 0911 / 43 34 07 83
e-mail: dielinkegruppefuerth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

per Fax an.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 04.04.2019

Antrag zur Stadtratssitzung
Unterstützung von ICAN (Vertrag zum Verbot von Atomwaffen)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

international ruft ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet. Darunter Städte wie Los Angeles, Manchester, Sydney, Mainz und Dortmund. Auch die Stadt Fürth sollte sich dem ICAN-Städteappell anschließen. Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Die Stadt Fürth schließt sich dem nachstehenden ICAN-Städteappell an und unterzeichnet diesen: „Die Stadt Fürth ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Begründung:

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen. Gebündelt werden diese Kräfte in

der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), einem internationalen Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, das sich für die Abschaffung aller Atomwaffen durch einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag – eine Atomwaffenkonvention einsetzt. Für dieses Engagement wurde ICAN im Jahr 2017 der Friedensnobelpreis zugesprochen. Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung insbesondere für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen. Die hiesige Metropolregion ist damit eines der Primärziele einer atomaren Auseinandersetzung. Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen. Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung sollte diese Sicht nicht länger ignorieren.

Laut wikipedia wurde ICAN am 23.04.2007 in Melbourne / Australien gegründet.

Am 6. Oktober 2017 wurde ICAN der Friedensnobelpreis zugesprochen für „ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen“.

Städte in Deutschland, die den Apell unterschrieben haben (laut website von ICAN):

Mainz am 02.02.2019, Wiesbaden am 20.02.2019, Marburg am 22.02.2019, Köln am 05.03.2019, Potsdam am 06.03.2019, München am 12.03.2019, Göttingen am 15.03.2019, Reinheim am 22.03.2019, Dortmund am 28.03.2019, Bremen am 02.04.2019.

Mit freundlichen Grüßen,

für DIE LINKE im Fürther Rathaus
Ulrich Schönweiß